



Rechtsausschuss

48. Sitzung (öffentlich)

17. November 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Strafvollzug in NRW - Mauer mit 1000 Löchern?

1

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5729

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der FDP-Fraktion ab.

2 Mehr Hilfe für die Opfer von Straftaten anbieten

4

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5806

In Verbindung damit:

Opferschutz optimieren

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5995

In Verbindung damit:

Wege zur Stärkung der Opferrechte konsequent fortsetzen

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5996

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Antrages.

3 Systematisch-zielgerichtete Belästigungen und Verfolgungen (Stalking) bestrafen - Hessische Bundesratsinitiative unterstützen 6

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5944

In Verbindung damit:

Opferschutz kann nur mit verfassungsgemäßem Gesetz verbessert werden - Rheinland-pfälzische Bundesratsinitiative unterstützen

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5997

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Antrages.

4 Handy-Verbot bei den Justizbehörden in NRW 10

Zuschrift 13/4300
Vorlage 13/3064

Der Ausschuss berät über dieses Thema.

5 Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes (SchOG) und des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG) 11

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4564
Ausschussprotokoll 13/1218
Vorlage 13/2877

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion kommt der Ausschuss überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

- 6 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptionsgesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)** 13

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4692

Vorlage 13/2528

Zuschriften 13/3621, 13/3644 und 13/3878

In Verbindung damit:

Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5952

Vorlage 13/3063

Der Ausschuss kommt überein, über die Gesetzentwürfe in der Sitzung am 1. Dezember 2004 abschließend zu beraten und abzustimmen.

- 7 Asylverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigen und professionalisieren** 14

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5945

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der CDU-Fraktion ab.

- 8** **Achtes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Achstes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 8. ÄndLBesG)** 17
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5958
- Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.
- 9** **Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur Entschädigung von Strafgefangenen wegen menschenunwürdiger Unterbringung** 18
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Justizminister Wolfgang Gerhards entgegen.
- 10** **Vorbericht zu der am 25. November 2004 stattfindenden Justizminister/innen/konferenz** 19
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht des Justizministers Wolfgang Gerhards entgegen.
- 11** **Zustand der Gefängnisgitter in der Jugendvollzugsanstalt Iserlohn** 20
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Justizminister Wolfgang Gerhards entgegen und führt darüber eine Aussprache.
- 12** **Verschiedenes** 21
- Der Ausschuss nimmt eine Mitteilung von Justizminister Wolfgang Gerhards entgegen.

- federführenden - Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform, den Antrag abzulehnen.

8 Achstes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Achstes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 8. ÄndLBesG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5958

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Landtag in seiner Sitzung am 23. September 2004 an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Federführung sowie neben dem Rechtsausschuss an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform und den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung zur Mitberatung überwiesen worden. Der Rechtsausschuss habe unter "Verschiedenes" in der vergangenen Sitzung beschlossen, aus terminlichen Gründen kein Votum abzugeben, da die Planung des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses eine Anhörung am 18. November und kurz darauf die abschließende Beratung vorgesehen habe. Nunmehr habe die Anhörung bereits gestern im Unterausschuss "Personal" stattgefunden. Dies habe ihn veranlasst, den Gesetzentwurf heute nochmals auf die Tagesordnung zu setzen.

Angela Freimuth (FDP) lässt wissen, im Rahmen der Anhörung seien seitens der Sachverständigen auf der einen Seite zahlreiche Änderungsvorschläge und -wünsche vorgetragen worden. Auf der anderen Seite sei dieser Gesetzentwurf als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet worden. In der nächsten Woche werde man die Anhörung im Unterausschuss "Personal" auswerten und überlegen, inwieweit Änderungswünsche der Sachverständigen übernommen würden.

Frank Sichau (FDP) sagt, die Grundrichtung sei positiv. Details sollten im federführenden Ausschuss beraten und beschlossen werden.

Dr. Wilhelm Droste (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion den Gesetzentwurf ablehnen werde.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - **Ausschuss** dem - federführenden - Haushalts- und Finanzausschuss, den Gesetzentwurf anzunehmen.